

**Landtag  
aktuell**

Kiel, 27.09.00

**Es gilt das gesprochene Wort!  
Sperrfrist: Redebeginn**

Thomas Rother zu TOP 47:

## **Sicherheitskooperation im Ostseeraum**

Mit dem Bericht zur Sicherheitskooperation im Ostseeraum hat die Landesregierung eine beeindruckende Dokumentation ihrer Tätigkeit in diesem Bereich vorgelegt.

Die von der CDU-Fraktion in der Juli-Tagung des Landtages gestellten Fragen sind beantwortet worden. Das kann man erwarten. Aber es ist mehr als das geleistet worden. Der Bericht macht deutlich, dass mit der Sicherheitskooperation ein wichtiger Baustein der Zusammenarbeit und des Zusammenwachsens im Ostseeraum geleistet wird.

Die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion haben unter Ziffer 3 ihres Antrages aus dem Juli Kriminalitätsarten genannt von Menschenhandel bis Geldwäsche. Es sollte festgehalten werden, dass dieses keine Besonderheiten des Ostseeraumes sind. Natürlich ist es so, dass mit der Grenzöffnung nach Osten auch eine Öffnung zugunsten der Kriminalität entstanden ist. Es wäre aber falsch, bestimmte Arten der Kriminalität dem Ostseeraum oder einigen Nationen des Ostseeraumes fast naturgegeben zuzuordnen. Das soll nicht heißen, dass man vor den Tatsachen die Augen verschließt, aber Partnerschaft und Zusammenarbeit sind Gegenstand der Ostseekooperation und nicht die Pflege von Vorurteilen. Ich denke, da sollten wir uns einig sein.

Somit ist, wie Sie dem Bericht entnehmen können, ja auch einiges – in Form der Kooperation, und das ist wichtig – passiert. Und das nicht nur auf der Ebene eines Bundeslandes, sondern auch übergreifend. Ich möchte hier nur auf den „Aktionsplan der Europäischen Union für ein gemeinsames Vorgehen zugunsten der russischen Föderation bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität“ hinweisen.

In der Juli-Tagung haben wir einen Antrag beschlossen, der unter dem Stichwort „Ostseekooperation“ unter anderem besagt, der Landtag erwarte, „dass eine Task Force zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Frauenhandels und der Zwangsprostitution unterstützt und dass das bestehende Kooperationsnetzwerk der Landespolizeien der norddeutschen Länder einbezogen wird“. Mit dem Punkt über die „Baltic Sea Task Force on Organized Crime“ wird der Bericht auch dieser Forderung schon weitgehend gerecht.

Die Landesregierung ist in dieser Frage völlig auf dem richtigen Weg, unsere Unterstützung hat sie und vielleicht ja auch die der Opposition.